

EINLADUNG

**Delegiertenversammlung
der SVP Schweiz**



Samstag, 24. Oktober 2020

Durchführung in digitaler Form

Bern, 22. Oktober 2020

Liebe Parteifreunde
Sehr geehrte Delegierte

Über 1,2 Millionen Schweizer Stimmberechtigte und somit fast jeder und jede vierte Schweizerin und Schweizer haben sich am vergangenen 27. September an der Urne für eine kontrollierte Steuerung der Zuwanderung ausgesprochen. Wir bedanken uns bei allen für den überaus grossen Einsatz zugunsten unserer Initiative. Natürlich bedauern wir die Ablehnung unserer Begrenzungs-Initiative. War dies doch eine verpasste Chance für unser Land, die Zuwanderung endlich wieder eigenständig und damit nach den Bedürfnissen unseres Landes zu steuern. Wie aber der hohe Anteil der Ja-Stimmen zeigt, ist die Unzufriedenheit über die Massenzuwanderung bei den Schweizerinnen und Schweizern gross. Wir erwarten vom Bundesrat und den anderen Parteien, dass sie diese Bedenken ernst nehmen. Offenbar haben aber die Drohung mit der Guillotineklausel und die durch die Corona-Pandemie ausgelöste Wirtschaftskrise bei vielen Menschen für so grosse Verunsicherung gesorgt, dass sie am aktuellen Zustand festhalten und dafür die negativen Auswirkungen der masslosen Zuwanderung in Kauf nehmen wollten. Für die grossen Schäden, welche die Massenzuwanderung in unserem Land verursacht wie den zunehmenden Lohndruck, die steigende Arbeitslosigkeit, die Aushöhlung unserer Sozialwerke und den sich abzeichnenden Kollaps unserer Infrastrukturen, tragen nun die anderen Parteien, die Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften die Verantwortung.

Mit voller Kraft gegen das Institutionelle Abkommen mit der EU

Der Bundesrat und die EU-Turbos der anderen Parteien werden dieses Abstimmungsresultat als Ja zum Institutionellen Abkommen (InstA) mit der EU umdeuten und diesen Unterjochungsvertrag so schnell wie möglich unterzeichnen wollen.

Das InstA zwischen der Schweiz und der EU soll die automatische Gesetzesübernahme und die EU-Gerichtsbarkeit garantieren. Dies verstösst gegen grundsätzliche Werte und Interessen der Schweizer Bürger und der schweizerischen Wirtschaft. Darum lehnen wir das InstA entschieden ab. Die Unterzeichnung des InstA wäre staatspolitisch verwerflich. Insbesondere die Verpflichtung zur dynamischen Rechtsübernahme und die Übernahme der EU-Gerichtsbarkeit sind existenzielle Verstösse gegen unsere Staatsverfassung und verletzen in krasser Weise die jahrhundertealten tragenden staatspolitischen Grundwerte der schweizerischen Eidgenossenschaft, die auch in der Bundesverfassung verbrieft sind. Das Abkommen missachtet die Unabhängigkeit des Landes, die Rechte des Schweizer Volkes, die Neutralität und den Föderalismus. Die Folge davon ist eine Gefährdung der Schweizer Wohlfahrt und käme einer Preisgabe der Schweiz gleich. Das InstA würde unser Land zerstören. Wir werden an der Delegiertenversammlung eine Resolution zur Verteidigung unserer Freiheit und Volksrechte – Nein zum Unterwerfungsvertrag mit der EU, verabschieden.

Mit freundlichen Grüssen

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident Der Generalsekretär

Marco Chiesa

Emanuel Waeber

Kein Unterwerfungsvertrag mit der EU – wir verteidigen unsere Freiheit und Volksrechte!

Delegiertenversammlung vom Samstag, 24. Oktober 2020
Durchführung in digitaler Form

Programm

- 10h30** **Beginn**
- 10h40** **Begrüssungsansprache**
Ständerat Marco Chiesa, Parteipräsident, Ruvigliana (TI)
- 11h00** **Politischer Ausblick**
Bundesrat Ueli Maurer, Wernetshausen (ZH)
- 11h20** **Institutionelles Rahmenabkommen – wir verteidigen unsere Souveränität**
Nationalrat Roger Köppel, Zürich (ZH)
Verabschiedung Resolution zum institutionellen Abkommen (InstA)
- 11h50** **CO2-Gesetz – der links-grüne Raubzug auf das Portemonnaie der hart arbeitenden Bevölkerung**
Nationalrat Christian Imark, Fehren (SO)
- 12h15 Mittagspause
- 13h15** **Pro und Contra zur Unternehmensverantwortungs-Initiative**
Referate von NR Roland Fischer, GLP, Udligenswil (LU) pro
und NR Franz Grüter, Vizepräsident SVP Schweiz, Eich (LU) contra

Diskussion und Parolenfassung zur Abstimmung vom 29. November 2020
- 14h00** **Nein zur Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»**
Bundesrat Guy Parmelin, Bursins (VD)

Diskussion und Parolenfassung zur Abstimmung vom 29. November 2020
- 14h30 Varia
- ca.15h00 Ende